

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssicht.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rütestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Koloniehe:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 25. Kriegswoche.

Die Feststellungen über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit im Verband für die Woche vom 17. bis zum 23. Januar haben folgendes ergeben: In 428 Verwaltungen wurden zu Beginn der Woche 322 258 Mitglieder gezählt. Von diesen melbten sich im Laufe der Woche 3583 ab; davon 1721 zum Militär. Am Schlusse der Woche verblieben 318 675 Mitglieder. 18 Verwaltungen haben keine Berichte gesandt, und zwar: Schneidenmühl, Göttingen, Göttingen-Rudolstadt, Langenmünde, Dürren, Minden, Niedermühle, Höhr, Koblenz, Neuwied, Kaiserslautern, Singen, Zweibrücken-Lindau, Pegnitz. Von den 318 675 Mitgliedern in den 428 Orten waren 9387 arbeitslos. Das sind 2,9 Prozent gegen 3,1 Prozent in der Vorwoche.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken zeigt folgende Tabelle:

Übersicht über die Zeit vom 17. bis 23. Januar 1915.

Bezirk	Bewilligung	Mitgliederzähler am Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Davon zum Militär	Mitgliederzähler am Schlusse der Woche	Davon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung	in M.
1. Bezirk	84	7585	103	47	7482	123	1,6	828	
2. =	23	7106	74	27	7082	111	1,6	819	
3. =	33	9881	158	61	9726	218	2,2	847	
4. =	56	50199	672	360	49527	1055	2,1	5678	
5. =	79	37969	493	205	37486	387	1,0	2080	
6. =	45	42404	875	219	42029	484	1,0	2531	
7. =	37	36763	851	363	35912	184	0,5	1880	
8. =	24	15025	289	159	14786	278	1,9	1399	
9. =	50	24070	956	165	23814	2326	9,8	2362	
10. =	46	26783	272	125	26511	2749	10,4	6498	
11. =	1	64478	?	?	64478	1522	2,4	6038	

Zuf. [428] 322258 3588 1721 318675 9387 2,9% 30895

* Einschlußlich der im Laufe der Woche Bugeisenen und neu aufgenommenen.

Der Mitgliederabgang geht nicht in allen Bezirken gleichmäßig vor sich. Der erste Bezirk zum Beispiel hatte in der Berichtswoche einen Zugang von 76; im zweiten Bezirk wurden nur 5 Mitglieder weniger gezählt als in der Vorwoche. Im neunten Bezirk sind dagegen 730 Mitglieder abgegangen; im siebten Bezirk 576; im fünften Bezirk 330; im vierten Bezirk 277. Der in Spalte 4 der obigen Tabelle angegebene Abgang ist natürlich größer. Bei Betrachtung der Zahlen ist der Mitgliederwechsel zwischen den Bezirken zu berücksichtigen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in allen Bezirken — mit Ausnahme des dritten — zurückgegangen. Die Zunahme im dritten Bezirk kommt aus einer Zunahme der Arbeitslosen in Brandenburg a. H. Bemerkenswerte Vorlommisse sind aus keinem Bezirk gemeldet worden.

Bei der Ausgabesumme ist zu beachten, daß die Arbeitslosenunterstützung in Borsigheim erst nächste Woche wieder berechnet wird.

Nachstehend geben wir wieder eine Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Bezirkswochen	Bewilligungen	Bewilligungen haben nicht	Zeigt der Raum einen negativen	Wirtschaftsbereich	Arbeitslosigkeit	Arbeitslosigkeit	In Prozent	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung	in M.
1. August 1914	—	—	583814	13132	2,5	—	—	—	—
1. - 4. Sept. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	377756	73895	19,5	123709	—	—
5. 8. - 30. 8. - 26. 9.	384	68	15391	351804	50431	14,3	1625079	—	—
9. - 18. 9. - 31. 10.	453	13	13468	348271	27727	7,9	1198689	—	—
14.-17. 10. - 1. 11. - 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,8	454173	—	—
18. - 29. 11. - 5. 12.	492	14	2942	335093	15183	4,5	67505	—	—
19. - 6. 12. - 12. 12.	426	15	2197	328578	13886	4,2	67807	—	—
20. - 13. 12. - 19. 12.	418	28	2354	329503	13045	3,9	51071	—	—
21. - 20. 12. - 26. 12.	417	29	2027	325479	13020	4,0	62422	—	—
22. - 27. 12. - 2. 1. 15.	415	30	1571	328555	12758	5,9	46253	—	—
23. - 3. 1. - 9. 1. 15.	425	20	1865	321959	10844	3,4	46745	—	—
24. - 10. 1. - 16. 1. 15.	427	18	1763	321101	9930	3,1	42204	—	—
25. - 17. 1. - 23. 1. 15.	428	18	1721	318875	9987	2,9	30895	—	—
Zusammen	—	—	197997	—	—	—	429916	—	—

Die Eisenindustrie und der Krieg.

Grau, lieber Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens goldner Baum! Wie oft ist das Wort die Jahre durch bet unzähligen Gelegenheiten angewendet worden, um darauf hinzuweisen, daß alle Regel, alle Theorie im Grunde etwas Gelüftenes ist, etwas nach zufälligen Erfahrungen gefolgeretes ist. Jeder einzelne Fall hat aber etwas Eigenes und nur ihm zugehöriges. Die von den Menschen aufgestellten Regeln und Grundsätze sind Hilfsmittel des Verstandes und als solche wichtig, sie sind aber auch keine festliegenden Maße, nach denen die Einzelfälle mehr oder minder abgeurteilt werden können.

Diese Überlegungen gelten auch in vollem Maße bei den vielerlei Erfahrungen, die uns der jetzige europäische Krieg gebracht hat, wenn man da auch wieder nur mit eigenem Sinn von des Lebens goldnem Baum reden kann. Blutigrot und mit dem Tode vieler Menschen verbunden sind diesmal die Erfahrungen, die uns die rauhe Wirklichkeit des Krieges gebracht hat. Hätte man uns vorher gesagt, daß unsere Volkswirtschaft einen Krieg in dieser Ausdehnung, so wie sich bis jetzt gezeigt hat, überstehen würde, es hätte viele Zweifler gegeben. Nun hören wir zwar die Röhrenstöße der schwer arbeitenden Maschinen, aber wichtig greifen die Räder ineinander und das Getriebe zieht der Hemmungen wohlerdig weniger als zu anderen Zeiten. Das erfüllen wir gerade wieder in unseren Zeiten bei der Frage der Sicherstellung unserer Brotversorgung.

Zwei Fragen sind in der Kriegszeit besonders beachtet worden. Die eine ist die Umbildung der Industrie, die auch

wesentlich für die Metallindustrie in Frage kam. Die Fertig- und die Ausfuhrindustrie — beides gehört in großem Umfang zusammen — sahen sich beim Kriegsausbruch besonders gehemmt; es dauerte aber nicht lange, so hatte sich eine gewisse Umorganisation vollzogen. Die menschlichen und die sachlichen Kräfte, die bisher in der Fertigindustrie angespannt waren, wurden in großem Umfang nutzbar gemacht, um der Versorgung des Landes mit Waffen zu dienen zu dienen. Diese Umgruppierung machte sich besonders in Hessenland und Westfalen mit seiner ausgeprägten Eisenindustrie bemerkbar. Die zweite Frage, die sich in den Vordergrund schob, war die von England aufgeworfene Drohung, die durchaus bestreitbar ist. Es ist nicht leicht zu treffen, was da bis jetzt die Kriegsfolgen bewirkt wurde, sieht nicht gerade danach aus, als ob das Bestreben Englands auch nur zu einem Teil erreicht werden würde. Im Gegenteil. Schon bei seinen manigfachen Versuchen, deutsche Märkte zu erobern, zeigte sich, daß deutsche Tatkräft und deutsche Technik überall fehlten. Und Englands Verbündeten, besonders denen im Westen, Frankreich und Belgien, ist es bei ihrem Bestreben, Schutzbeschläge und Schildhalter des Infanterie zugleich zu sein, auch lange nicht so gegangen, wie sie es sich vorher vorgenommen haben und haben vormalen lassen. Wichtige Industriegebiete dieser Länder sind von den Deutschen besetzt und der Kriegsvocht der Feinde Deutschlands entzogen. Diese wichtige Tatsache wurde besonders Ende Januar in Düsseldorf auf der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute behandelt. Aus den Berichten der Tageszeitungen über die Kundgebung erwähnen wir besonders den Vortrag des Dr. Schröder über Die Eisenindustrie unter dem Kriege.

Indem das deutsche Heer mit eisernem Griff, so führte Schröder aus, Frankreich von Norden her umklammerte und sich an der Lausgrabenlinie festigte, setzte der französische Eisenindustrie das zugeschlagen, was England mit der Lothringisch-hessisch-westfälischen Eisenindustrie beabsichtigt habe. Der Unterichtet sei nur, daß die deutschen Hüttenwerke nach dem im Engenre veröffentlichten Plan der Engländer von diesen nicht nur besetzt, sondern dem Erdboden hätten gleichgemacht werden sollen, während das deutsche Heer das Kriegsgerüst überall nach Möglichkeit, sogar ängstlich, schone und unterschert gelassen habe und nur das herausnehme, was zum unmittelbaren Heeresbedarf, zur Herstellung von Kriegsbedarf und zur „Ergänzung“ unserer eigenen Werke hierfür geeignet erscheine.

Weiter heißt es: „Zurzeit liegen in unserem Belebungsgebiet Teile von zehn französischen Departements mit insgesamt 2 100 000 Hektar und 3 255 000 Einwohnern, und damit sind 68,8 Prozent der Gesamtkohlenförderung, 78,3 Prozent vom Kohle, 90 Prozent vom Eisenerz, 85,7 Prozent vom Roheisen, 76 Prozent vom Rohstoff und nicht weniger als 100 Prozent von Rohren in unserem Besitz. Die Eisenerzförderung liegt bis auf ganz wenige Felder innerhalb unseres Waffenbereichs und dasselbe gilt von der ganzen Industrie, die sich von der belgischen Grenze bis zur Nordküste hinzieht. Von den Kohlenfeldern ist ein erheblicher Teil in unserem Besitz, so daß es mit der Kohlenversorgung Frankreichs schwimm aussieht. Von der maschinenbauenden Industrie Frankreichs, die sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnen beschäftigt, haben wir den größten Teil in Händen, nur ein Werk in Belfort gehört noch den Franzosen. Noch ungünstiger steht es für die Fabrikation schwedischer Rohre aus, für die die neuen Werke alle im Besitzungsgebiet liegen, so daß die Franzosen beim Bezug von Rohren ebenfalls ihre englischen und amerikanischen Freunde in Nahrung sezen müssen. Die wohlgefüllten Vorräte der Walzwerke, Gleisieren und anderer Fabriken erlaubten, unsere Truppen in den Lausgräben schleunigst mit Bedarfswaren fast jeder gewünschten Art und Zahl zu versorgen. In der Gegend von Sedan und Charleville hatte der Diplom-Schiffbauingenieur Léon Lhotz nicht weniger als 14 kleine Betriebe eingerichtet, in denen er jeweils unter Zuhilfenahme von einigen Pionieren und Landwirtenleuten an einigen Stellen Schanzzeug aller Art, Stacheldraht, Wellblech zum Einreden der Laufgräben, und an weiteren Stellen Minenwerfer und Schußschilder mit Schießscharten und angenieteten Griffen, ferner Leuchtpistolen, Gasentzündung, sowie fahrbare Feldküchen herstellte. Die eingefassten Arbeiter, die jüngst gelebt waren, hörten willig gegen Hergabe von Mehl und Brot, daß er auch in einigen Betrieben herstellte. Kraft und Licht lieferte die wiederhergestellte elektrische Zentrale, wie auch die deutschen Laufgräben zum Teil mit elektrischer Beleuchtung versorgt sind. In gleicher Weise verdientestig geliefert ist Rüttelmeister der Landwehr G. Jung, Neuhausen, der in der Nähe von Chauny schwunghafte Betriebe zur Fortifikation von Minenwerfern, Schußschilden, Handbomben und so weiter eröffnet hat. Während wir somit diesseits der Laufgräben aus den feindlichen Vorräten schöpfen können, ist die französische Armee zum weitaußen größten Teil ihrer Fabrikationsstätten vertrieben und das Land muß nach französischen Zeitungen seine Feldspalten, seine Oesen und Bergwerke von seinem Bundesgenossen England oder, wenn dessen Hilfsmittel auch nicht ausreichen, von den Vereinigten Staaten von Nordamerika beziehen...“ Was Belgien betrifft, so ist dort die Eisenindustrie durch die kriegerischen Ereignisse fast ganz lahmgelegt. Belgien bezog seine Eisenerei von außerhalb und schied etwa 75 Prozent seiner Fabrikate ebenfalls an das Ausland. Es ist daher keine Aussicht, unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die Eisenindustrie in irgend einem Umfang aufzunehmen, obwohl die deutsche Verwaltung sonst in anderer Weise bestrebt ist, die industrielle Tätigkeit wieder zu beleben. Mit der Kohlenförderung ist es in erster Linie gelungen, indem fast die Hälfte der gewöhnlichen Förderung wieder erreicht ist.“

„Wie die wichtigste Fabrikationsstätte unter der Regierung Dr. Beumers sprach dann der Vizegouverneur Dr. Beumer. Er warnte vor einer Überschätzung der Lage unserer Industrie, die sich zwar den durch den Krieg völlig veränderten Verhältnissen anpassen kann, aber doch mit nicht zu unter-

schätzenden Schwierigkeiten zu rechnen habe. Als solche werden aufgezählt „die Tatsache, daß die Arbeit naturgemäß teurer geworden ist und daß die Preise vielfach nicht in richtigem Verhältnis zu den Erzeugungskosten ständen, daß der parasitäre Zwischenhandel eine verhängnisvolle Rolle spielt und daß es vor allen Dingen an Arbeitern fehlt. Arbeitslosigkeit sei mit einigen ganz geringen Ausnahmen nirgends vorhanden. Wer heute arbeitslos sei, leide an Arbeitslosigkeit, das gäbe unmünden auch die Gewerkschaften zu.“

Über die verhängnisvolle Rolle des parasitären Zwischenhandels ist nachgerade so von allen Seiten gefragt worden, daß man den Nutzen der Schildhalter unserer Krämer und Kriegsmüchter aller Art bewundern muß, die immer wieder mit der Miete des verlassenen Biedermanns verschwinden, es handelt sich nur um Unschuld und der Stand der Zwischenhändler stehe tadellos und niedergeschlagen wie nur je da. Wie nur jedes Jahr mag am Ende sein!

Im übrigen scheint es uns, als ob die Mahnung Beumers, die Lage der Eisenindustrie nicht zu überschätzen, an die Adresse der Arbeiter gerichtet sei; denn derer Neuerungen kommen regelmäßig, wenn die Unternehmer befürchten, daß die Arbeiter thüriger werden könnten. Daß die Gewerkschaften „unumwundnen“ erklärt hätten, wer heute arbeitslos sei, leide an Arbeitslosigkeit, ist uns nicht bekannt, wohl aber wissen wir, daß es bei den Eigentümern mancher Unternehmen nicht immer so leicht ist, mit einer Berufssarbeit umzugehen. Weiter heißt es von dem Vortrag Beumers: „Redner meint zu einem starken Zusammenhalten in der Industrie durch Rückgriff auf die eigene Technik überall schließen. Und Englands Verbündeten, besonders denen im Westen, Frankreich und Belgien, ist es bei der Einsetzung der schaffenden Stände in den Bündnisverbündeten, wo sie wohl über wissen wir, daß es bei den Eigentümern mancher Unternehmen nicht immer so leicht ist, mit einer Berufssarbeit umzugehen.“

Weiter heißt es von dem Vortrag Beumers: „Redner meint zu einem starken Zusammenhalten in der Industrie durch Rückgriff auf die eigene Technik überall sch

in einem Betrieb. Die Allordarbeit wurde für 8 Arbeiter in einem Betrieb geregt. Abwehrbewegungen ohne Arbeitsaufstellung haben 21 stattgefunden; es wurden davon 4 Betriebe mit 1975 Beschäftigten betroffen. Beteiligt waren 207 Personen, davon 183 organisiert. Abgewehrt wurde für 207 Personen in 4 Betrieben eine Lohnkürzung in Höhe von 305,67 M. für die Woche oder für jeden Belegschaften 1,47 M. In einem Betrieb ist für 7 Beteiligte der Durchbruch der abgeschlossenen Vereinbarung für das Gleisereigentum in Chemnitz abgewehrt worden. Von 76 Beteiligten wurden dabei sonstige Verbesserungen erreicht. Die Arbeitslosigkeit war im Geschäftsjahr allgemein höher als 1913. Die Arbeitslosenzahl (531 zu Beginn des Geschäftsjahrs) ging bis zum Schluß des ersten Vierteljahrs nur auf 436 zurück und senkte sich bis Ende des zweiten Vierteljahrs auf 223. Als der Krieg ausbrach, stieg die Zahl der Arbeitslosen und Ausseher zusammen auf 3858. Vom 15. August an wurde die Arbeitslosenunterstützung für das tageweise Aussehen aufgehoben, die höchste Arbeitslosenzahl ohne Ausseher war am 29. August 2367, sie ging dann herab auf 111 am 26. Dezember. Arbeitslos meldeten sich im Arbeitsnachweis des Verbandes im Geschäftsjahr 7726. Offene Stellen waren gemeldet 755, von denen 507 gleich 67,1 Prozent besetzt wurden. Zum Kostenbericht ist zu bemerken, daß die Einnahmen der Lokalkasse 560 464,90 M. betrugen (1913: 646 405,50 M.). Die Einnahmen der Lokalkasse betrug 173 654,99 M. (1913: 208 675,92 M.). Der Markenumfang betrug 743 100 gegen 955 002 im Jahre 1913. Freimarken wurden abgegeben 86 736. Auf jedes Mitglied entfällt ein Markenumfang von 49,87 gegen 50,80 im Vorjahr. An Unterstützungen wurde gezahlt 377 333,27 M. (1913: 260 816,40 M.). Dabon aus der Hauptkasse 347 438,57 M. (236 909,35 M.), aus der Lokalkasse 29 954,70 M. (23 907,05 M.).

Göppingen. Am 31. Januar wurde im Dräkönig die jährliche Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle abgehalten. Ein üblicher Weise wurde der im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gedacht. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Reichele gab, ist zu entnehmen, daß in dem blutigen Jahre 1914 große Anforderungen an den Verband gestellt wurden. Der Verband habe aber gezeigt, daß er den schweren Stürmen gewachsen war. Der Krieg, der so manches anders gestaltete, brachte auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband außerordentliche Verhältnisse. Zu Tausenden kamen die arbeitslos gewordene Kollegen und nahmen die ihnen zustehende Hilfe, die Unterstützung, in Anspruch. Millionen Mark waren in wenigen Wochen der Kasse entzogen. Was Staat und Gemeinde nicht zu leisten vermochten, den arbeitslos gewordenen, in großer Not befindlichen Arbeitern zu helfen, das erfüllte der Deutsche Metallarbeiter-Verband in erster Linie. Auch an größeren wirtschaftlichen Kämpfen habe es im vergangenen Jahre nicht gescheit. Mit einigen wenigen Ausnahmen kann festgestellt werden, daß in allen Betrieben schlechter Löhne und Arbeitsbedingungen zugunsten wurden. Nur in solchen Betrieben, wo die Arbeiterschaft in festem Vertrauen zur Organisation zusammenstand, konnten die Verschlechterungen abgebremdet werden. Bezeichnend wäre es, daß Arbeiter die Arbeit niedergelegen mühten, nur um einigermaßen als Mensch behanbelt zu werden! Solches wäre bei der Firma Speiser der Fall gewesen. Das Bestreben der Arbeiter, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen, müßte immer im Vordergrund gestellt werden. Das Verhalten dieser Unternehmer während des Krieges diene nicht dazu, das Vertrauen zu stärken, daß die Unternehmer von selbst den Arbeitern eine freiwillige Verbesserung ihrer Lage bringen würden. Der Arbeiterschaft müsse es deshalb vorbehalten bleiben, nach dem Krieg in noch größerem Maße auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zu dringen. Solche können nur auf der Grundlage einer starken Organisation erreicht werden. Der Mitgliederstand, der vor Ausbruch des Krieges eine erste rechtliche Siedlung aufgewiesen habe, sei durch die Eingezogenen wieder erheblich gefallen. Über 1100 Kollegen unserer Verwaltungsstelle befinden sich unter den Fahnen. Den Angehörigen im Felde befindlichen wäre so weit als möglich Unterstützung zuteil geworden. Die Verwaltung hatte eine große Arbeit in diesem Jahre zu vollbringen. Die Angliederung der Verwaltungsstelle Geislingen an Göppingen hat eine neue Grundlage zur weiteren Entwicklung der Verwaltungsstelle Göppingen gebracht. Den mitarbeitenden Kollegen mußt Loh und Anerkennung gezeigt werden für ihre kräftige Unterstützung bei den Arbeiten. Auch können sonst festgestellt werden, daß die noch vorhandenen Mitglieder alles daran setzen, um die Verhältnisse so gut wie möglich zu erhalten. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, um über die schwere Zeit so durchzukommen, damit bei Wendigung des Krieges auch der Arbeiter seinen verdienten Lohn erhält. Mit dem Wunsche, auch in der kommenden Zeit die Einigkeit und Geschlossenheit zu bewahren, schließt der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Den Kostenbericht erläuterte der Kassier Ritter ausführlich, daß aus der Hauptkasse allein für Arbeitslosenunterstützung 19 837,85 M., für Krankenunterstützung 12 957,35 M., für Streift 9712 M. ausgegeben wurden. Die Ausgaben hätten die Einnahmen überstiegen und wäre ein größerer Zuschuß vom Vorstand benötigt worden. Auch die Ausgaben aus der Lokalkasse hätten für Unterstützungen an die Mitglieder eine Höhe erreicht, wie noch in keinem Jahr. Nahezu 6000 M. wären für die Angehörigen unserer im Felde befindlichen Mitglieder aufgewendet worden. Der Gesamtumsatz betrage zusammen über 100 000 M. im verflossenen Jahre. Die Auszüge über den Bericht wurde sehr sachlich geführt. Die Kritik, die geübt wurde, galt nicht der Verwaltung, sondern in erster Linie dem rücksichtlichen Unternehmertum in Göppingen. Der gemachte Vorschlag, einmal eine öffentliche Verhandlung einzuberufen, um die Unternehmer in ihrer wahren Gestalt der Öffentlichkeit zu zeigen, fand großen Beifall. Wenn man die gesteigerten Lebensmittelpreise mit den Löhnen der Arbeiter vergleicht, darf man sich über die Verärgerung und Verstimmung der Arbeiter nicht wundern. Kollege Reichele ging in seinem Schlußwort noch auf die gemachten Ausführungen ein. Es wären schwere Anklagen gegen die Unternehmer, die heute vorgebracht würden. Dass man mit einem Verdienst von nicht einmal 10 M. in zwei Wochen mit einer zahlreichen Familie nicht durchkommen könnte, wäre sehr begreiflich. Er hoffte, daß der Willen, der auf Besserung dränge, sich bei allen Arbeitern durchsetze. Die Wahlen der Verwaltung erbrachten mit Ausnahme eines Erfolges für einen im Felde befindlichen Kollegen keine Veränderung.

Rundschau.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am 2., 3. und 4. Februar in Berlin Sitzungen. Zum Tischpräsidenten des Abgeordneten Karl Liebknecht ist folgte sie folgenden Beschlus:

Die Fraktion schließt sich der über die Abstimmung Liebknechts abgegebenen Erklärung des Fraktionsvorstandes vom 2. Dezember 1914 an. Sie verurteilt den von Liebknecht begangenen Selbstmordzug aufs schärfste.

Sie weist die von ihm verbreitete Begründung seiner Abstimmung als unvereinbar mit den Interessen der deutschen Sozialdemokratie entschieden zurück.

Ebenso verurteilt sie die von Liebknecht im Ausland verbreiteten irrechtfreien Ausschreibungen über Vorgänge innerhalb der Partei.

Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen besteht, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen.

Die Fraktion hat weiter beschlossen:

Die Tatsache der Fraktion im Plenum des Reichstags hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist.

Glaubt ein Fraktionsmitglied nach seiner Überzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demokratischen Charakter tragen darf.

Die Fraktion hat sich auch mit der Frage beschäftigt, wie sich ihre Mitglieder bei Eruchen der Regierung zur Mitwirkung bei politischen oder wirtschaftlichen Aufgaben verhalten sollen.

Die Fraktion wiederholte ihren früheren Beschuß, daß kein Mitglied der Fraktion ohne ihre Zustimmung oder, falls sie nicht einvernommen ist, ohne Zustimmung ihres Vorstandes oder des Parteivorstandes, die Ausführung von Eruchen der Regierung übernehmen darf. Sie beauftragte den Vorstand, bei der Genehmigung aufzuhaltend zu sein.

Gegen den Abgeordneten Ledebour richtet sich folgender Beschuß:

„Die Fraktion erklärt den von Ledebour gegen die Geschäftsführung des Fraktionsvorstandes erhobenen Vorwurf der Verkleppungs- und Berufungspolitik als jeder tatsächlichen Grundlage entbehrend und verurteilt sein Vorgehen aufs schärfste.“

Die Fraktion hat sich in eingehender Weise mit der Frage des Fr. led. e. s. Fr. i. d. e. beschäftigt. Außerdem hat sie sich mit einer Anzahl wichtiger sozialpolitischer Anträge beschäftigt. In den diesen Fragen wurde eine erste rechtliche Ueberprüfung erzielt.

Zu den Fraktionsvorstand wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Ledebour der Genosse Haase gewählt.

Als Staatsräder wurden die Genossen Haase und Scheidemann bestimmt.

Der Abgeordnete Liebknecht hat im Vorwart vom 3. Februar folgende Erräteung veröffentlicht:

„W. G.! Gegenüber dem in Ihrer heutigen Nummer veröffentlichten Fraktionsbeschuß bemerke ich:

1. Ich habe gegen die Kriegskredite gestimmt, weil die Bewilligung der Kriegskredite nach meiner Überzeugung nicht nur den Interessen des Proletariats, sondern auch dem Parteiprogramm und den Beschlüssen internationaler Kongresse schroff widerspricht, und weil die Fraktion nicht berechtigt ist, einen Verstoß gegen Programm und Parteibeschluß vorzuschreiben.

Ich habe diesen Standpunkt dem Fraktionsvorstand in einem Briefe vom 3. Dezember vorigen Jahres dargelegt.

2. Streitende Mitteilungen über Parteihörungen habe ich nicht verbreitet. Die Fraktion, die zur Fassung eines Beschlusses über diesen Punkt gar nicht zuständig war, hat meinen Antrag, die Entschuldung hierüber bis zu einer gründlichen Auflösung über allseitig Behauptungen auszuführen, abgelehnt.“

Die Fraktion fasste darauf in ihrer Sitzung vom 4. Februar folgenden Beschuß:

„Die Fraktion weist die Behauptung, daß die Bewilligung der Kriegskredite den Interessen des Proletariats, dem Parteiprogramm und den Beschlüssen der internationalen Kongresse widerspricht, mit aller Entschiedenheit zurück.“

Was die Verbreitung irreführender Mitteilungen an das Ausland durch Gen. Ledebour betrifft, so wurde mehr als genug festgestellt, um den Beschuß der Fraktion zu rechtfertigen.“

*

Die Reichstagsfraktion hat ihren Beschuß gegen den Abgeordneten Karl Liebknecht nach einer, wie es heißt, sündigen Erörterung gefaßt und ihm ihre Meinung mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit gesagt. Läßt doch der Schlussak ihrer Entschließung erkennen, daß sie die Gemeinschaft mit ihm gelöst haben würde, wenn ihr nur das Organisationsstatut der Partei eine Handhabe dazu geboten hätte. Das ist wohl die schwierste Form der Rüge, die je mal gegen irgend einen Abgeordneten der Sozialdemokratie ausgesprochen wurde, abgesehen von den Fällen des immittelbaren Auschusses aus der Partei selbst. Sollte sich aber irgend ein Mitglied der Fraktion der Ansicht hingeben haben, dieser Beschuß werde auf den wirkten, dem er gilt, dann sieht es sich schwer getäuscht. Leute wie Liebknecht sind einfach nicht zu belehren. Ihr Eigentum und ihre Verantwortlichkeit, die sie scheinbar aller Wirklichkeit entzünden und ihnen die Fähigkeit rauben, die Dinge so zu sehen, wie sie sind — das gerade kennzeichnet ihr Wesen. In rigiden Zeiten mag diese Verantwortlichkeit lange erträglich sein, weil sie da verhältnismäßig wenig Schaden anrichten kann; in diesen Tagen aber, wo es sich um das ganze Volk und damit auch um unsere Partei und Gewerkschaften handelt, birgt sie Gefahren, deren Abwendung eine gebieterische Pflicht ist. Liebknecht und eine kleine Gruppe um ihn, die sich bei den ausländischen Gewissen als so einflußreich und mächtig geberdet, wie sie gerne sein möchte, vertreten die schmutzige Ansicht, 110 unserer Reichstagsabgeordneten hätten das Volk vertraten, die Disziplin drohend und sich ihres Mandats unwürdig gemacht, nur Liebknecht allein habe die Disziplin gewahrt und die wahren Bedenken des Volkes gerichtet. Sowohl aber bisher die Stimmen des Volkes bekannt geworden sind, befinden sich Liebknecht und seine Anhänger auf dem Holzweg; sie verfügen über weder nichts als eine recht leistungsfähiges Mundwerk.

Erklärung.

Einige Parteimitglieder haben die Vermutung ausgesprochen, zwischen Parteivorstand und Generalkommission seien Differenzen darüber entstanden, ob eine Beteiligung an dem von dem preußischen Minister des Innern veranstalteten Lehrkursus für Redner über Volksernährung im Kriege stattfinden sollte. Diese Annahme ist durchaus unbegründet. Zu einer Aussprache darüber, ob ein solcher Lehrkursus veranstaltet werden solle, waren neben Volkswirtschaftsäfern nur die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft Gewerkschaftsverbündungen, Privatangehörige etc., nicht die politischen Parteien eingeladen, und es war von vornherein zugelassen, daß partei- und wirtschaftspolitische Erörterungen in den Kursen unterblieben würden. Die Generalkommission erklärte sich bereit, geeignete Redner zum Besuch des Kursus in Vorschlag zu bringen und machte dem Parteivorstand davon Mitteilung mit dem Anhörenstellen, ebenfalls auch einige Parteifunktionäre für den Kursus in Vorschlag zu bringen. Der Parteivorstand hielt eine offizielle Besprechung des Kursus durch die Partei nicht für geboten und hat den Bezirksparteileitungen eine dementsprechende Mitteilung gemacht. Den einzelnen Parteigenossen bleib es aber unbenommen, den Kursus zu besuchen. Letztlich haben denn auch verschiedene Parteifunktionäre an dem Lehrkursus teilgenommen. Die Redner sollen später vorwiegend in ihren Berufsfächern über den Stand der Volksernährungsfrage sprechen. Sie haben keinesfalls die Aufgabe, wirtschaftspolitische Ausschreibungen zu vertreten, die mit ihrer eigenen Auffassung in Widerspruch stehen, und selbstverständlich werden sie dieses nicht tun.

Berlin, den 5. Februar 1915.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission.

Einen merkwürdigen Erfolg des Verbandes bayerischer Metallindustrieller

veröffentlicht die Frankfurter Tagespost vom 6. Februar. Es lautet:

Nürnberg, den 28. Dezember 1914.

An die Beamten des V. B. M.

Betreff: Dienstvertrag.

Nach Maßgabe der Aussprache in der Vorstandssitzung vom 18. Dezember 1914 wird festgestellt:

1. Auf die Weihnachtsremuneration wird künftighin kein vertragsgünstiger Anspruch erkannt; die Vorstandshaft haftet sich vielmehr vollständig freie Hand vor in der Frage, ob und in welcher Höhe sie jeweils eine Weihnachtsremuneration gewähren will.

Insbesondere besteht kein Anspruch auf einer Teil der Weihnachtsremuneration bei einem Ausscheiden aus den Diensten des V. B. M. während des Jahres.

2. Ueberlunden werden nicht besonders vergütet.

3. Ist ein Urlaubserlaubnis aus dienstlichen Gründen notwendig, kann dies für gleichfalls keine besondere Vergütung genutzt.

4. Ist eine andere Organisation erforderlich oder die Verwendung eines Beamten in einem andern Dienstweg oder in einer anderen Dienststelle, dann besteht dogegen kein Widerspruchstreit des Beamten.

5. Im Sinne der vorstehenden 4 Punkte gelten die bisherigen Dienstvertragsbestimmungen als abgeändert.

Die Ausfertigung der hierach geänderten bisherigen Verträge bleibt vorbehalten.

Von Vorstehendem beeche ich mich hiermit Kenntnis zu geben.

Der stellv. Geschäftsführer: Schreyer.

Der Verband gibt mit dieser Verfügung seinen Mitgliedern ein sichtes Beispiel, um so mehr, als jetzt im Verbande bayerischer Metallindustrieller weniger Beamte beschäftigt werden als früher.

Aus den Unternehmerverbänden.

Verein deutscher Maschinenbauunternehmer. Der Verein hält am 22. Januar in Berlin eine Vorstandssitzung ab. Von deren Beschlüssen ist besonders hervorzuheben, daß der Vorstand der Reichsregierung empfiehlt, beim Friedensschluß zur Vermeidung schwieriger Rechtsstreitigkeiten allgemeine Rechtsfälle aufzustellen, die in den vertragshaltenden Vereinen einheitlich besetzt werden. Der Verein wird den ausländischen Stellen eine Denkschrift ausstellen, die eingehende Vorschläge enthält. Weiter beschäftigt sich der Vorstand mit den aus der Vertretung der Ausfuhr an Maschinen und durch die Ausfuhrerhöhte geschaffenen Verhältnisse und gab der über einstimmenden Aussicht Ausdruck, daß bei der Art des jüngsten Krieges unmittelbare und mittelbare Vorfälle in Europa und im übrigen Ausland unter allen Umständen zu vermeiden sind. Die Hauptversammlung soll, wenn die politische Lage es gestattet, im April in Berlin stattfinden; der Geschäftsführer, Dipl.-Ing. Fr. Fröhlich, wird dort einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Maschinenindustrie geben, zu welchem die Unterlagen durch eine Umfrage bei den Mitgliedern gesammelt werden sollen.

Beschlagsnahme von Metallen.

Der Bundesrat hat eine Verfügung erlassen, wonach die im Deutschen Reich vorhandenen Bestände von Kupfer, Nickel, Eisen, Zinn, Uranium, Antimon und Kobalt in reinem Zustande und in Legierungen und anderen Verbindungen beschlagsnahmt werden. Von dieser Verfügung werden hauptsächlich folgende Betriebe und Personen betroffen:

Großtechnische Betriebe: Schlossereien, Schmieden, Werkstätten aller Art, Hüttenwerke, Ziehereien, Walzwerke, Gießereien, Hüttenwerke, Bothen, Bauunternehmer, Gas-, Wasser- und Elektrizitätseisengesellschaften kommunaler, öffentlich-rechtlicher und privater Art, Privatwerften, Betriebe für Güterbeförderung kommunaler, öffentlich-rechtlicher und privater Art, wie Eisenbahnen und Schiffsgeellschaften, Reedereien, Schiffe und Bergwerke; **Handelsbetriebe:** Händler, Lagerhalter, Spekuli, Agenten, Kommissionäre und dergleichen; **Personen:**, welche zur Wiederherstellung durch sie oder andere bestimmte Gegenstände der in § 1 aufgeführten Art in Gewahrsam genommen haben, auch wenn sie im übrigen kein Handelsgewerbe betreiben.

Ausgenommen von der Verfügung sind Personen, Gesellschaften und so weiter, deren Vorräte (einfachlich derjenigen in sämtlichen Zweigstellen) an Kupfer, Kupferlegierungen, Eisen, Neben- und Zwischenproduktien nicht 300 Kilogramm übersteigen, an Nickel, Nickellegierungen 50 Kilo, an Zinn, Antimon und Uranium 100 Kilo, an Eisen und Legierungen 100 Kilo, an Hartblei 300 Kilo. Die Verfügung erfreut sich auch auf Gegenstände, die aus diesen Metallen angefertigt sind, mit gewissen Ausnahmen. Sie ist am 1. Februar in Kraft getreten.

Die Volksfürsorge im Jahre 1914.

Die Volksfürsorge eröffnete am 7. Juli 1913 ihren Betrieb und schloß am 31. Dezember 1913 den Eingang von 74 746 Versicherungsanträgen mit einer Versicherungssumme von 13 797 416,30 M. ab. Versicherte wurden davon bis zum Ende 1913 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280,80 M. abgelehnt oder zurückgezogen wurden 246 Anträge mit 105 618,40 M. Versicherungssumme. 4099 Anträge mit einer Versicherungssumme von 739 517,10 M. wurden als unerledigt in das Geschäftsjahr 1914 übernommen.

Von den 70 401 abgeschlossenen Versicherungen entfielen a) auf die Kapitalversicherung (Karte I bis IV) mit Gewinnbeteiligung 52 040 mit einer Versicherungssumme von 12 361 898 M.; b) auf die Risikoversicherung (Karte Va) ohne Gewinnbeteiligung 1132 mit einer Versicherungssumme von 508

